

## Monatsbrief März 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser Bundesparteitag stand unter dem Motto "DIE LINKE. Erkämpft das Menschenrecht".

Da war wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens! Denn der Regie des Parteitages ist die Behandlung von zwei tagesaktuellen Anträgen zum Opfer gefallen: "Für friedliche Beziehungen zu Russland" (P.1 NEU) sowie der Antrag zu Lateinamerika (G.2 NEU/G.2.1). Beide Anträge sind an den Bundesausschuss verwiesen worden, der auf seiner Sitzung am 10. März diese mehrheitlich angenommen hat. Diesen Anträgen auf dem Parteitag zugestimmt zu haben, das hätte natürlich eine ungleich größere Außenwirkung (aber auch in die Partei hinein!!!) bedeutet. Aber das war nicht gewollt!

In Bezug auf den Venezuela-Antrag brüstet sich Rico Gebhardt, Fraktionsvorsitzender unserer Partei im sächsischen Landtag, damit, dass er verhindert habe, dass dieser Antrag behandelt wurde. Damit nicht genug. Gegenüber dem "Tagesspiegel" (25.02.19) bezeichnete Gebhardt die kurze Solidaritätsbekundung gegenüber Venezuela auf der Bühne des Parteitages als eine "krasse Aktion". Das Blatt schreibt weiter, dass Gebhardt nicht begeistert über die "Störung eines ansonsten relativ friedlichen Parteitages" war.

Unsere Geste der Solidarität mit dem geschundenen und akut bedrohten Venezuela hat auch unsere Parteivorsitzende, die Genossin Katja Kipping, so stark beeindruckt, dass sie noch zwei Wochen nach dem Parteitag im Deutschlandfunk im Interview der Woche am 10. März einen Kommentar nachschiebt:

"Das ist erst mal total wider die Sachlage, weil in Venezuela gibt es keinen Sozialismus, und das ist auch ein echter Schaden, den man an der Idee des Sozialismus anrichtet." (Das ist ein wörtliches Zitat. Für das holprige Deutsch sind wir nicht verantwortlich.)

Der Bundessprecherrat der KPF hat unmittelbar nach dem Parteitag eine ausführliche erste Einschätzung veröffentlicht, deren Lektüre wir ausdrücklich empfehlen (dokumentiert in der März-Ausgabe unserer *Mitteilungen* und online unter **kpf.die-linke.de**).

Wir können verstehen, dass der Verlauf des Parteitages für viele Genossinnen und Genossen demotivierend war. Wir warnen jedoch davor, nun in Resignation zu verfallen. Gerade weil es so ist, wie es ist, müssen wir uns verstärkt bei den anstehenden Wahlkämpfen engagieren. Wenn wir dies nicht täten, würden wir den innerparteilichen Differenzen eine größere Bedeutung beimessen als dem Kampf gegen Rechts. Wir müssen beides tun: Kampf in der Partei für die Ausrichtung am Erfurter Programm und Widerstand leisten gegen die offensichtlich zunehmenden Bestrebungen, sich von elementaren Programmpositionen zu verabschieden.

Zwei Monate ist Sarah krankheitsbedingt nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten. Jetzt gibt sie bekannt, dass sie sich vom Fraktionsvorsitz und von ihrer Leitungsfunktion bei "Aufstehen" zurückziehen wird. Natürlich ist diese Entscheidung zu respektieren. In Bezug auf "Aufstehen" ist Häme fehl am Platz, auch wenn sich unsere Bedenken letztlich als berechtigt erwiesen haben.

Die KPF hat sich wiederholt deutlich geäußert. Wir werden keine überstürzte Einschätzung vornehmen. Diese wird sicherlich auch auf unserer Bundeskonferenz am 14. April Thema sein.

In diesem Zusammenhang möchten wir aber nicht versäumen, eine sehr zugespitzte Einschätzung des klugen Georg Fülberth, den der Schreiber dieser Zeilen Anfang der 1970er Jahre als Professor in Marburg schätzen gelernt hat, zu zitieren:

"Man konnte mit den Funktionären und Funktionärinnen der Partei DIE LINKE über kaum etwas anderes (gemeint ist "Aufstehen") reden und sah sich in der Vermutung bestätigt, in der Partei DIE LINKE hätten sich Leute zusammengefunden, die einander noch nie leiden konnten und sich mit ihr einen Ort gesucht haben, wo sie das unter politischen Vorzeichen ausleben können." (zitiert nach jw 11.03.19).

Bei all den täglichen Irrungen und Wirrungen laufen wir Gefahr, eine Ungeheuerlichkeit aus dem Blick zu verlieren. Kürzlich hat der Bundesfinanzhof der NGO ATTAC (ihr Ursprung ist Niedersachsen: Verden/Aller) die steuerbegünstigenden Privilegien entzogen und damit festgestellt, dass es sich bei ATTAC nicht um eine Organisation handelt, die im Interesse des Gemeinwohls arbeitet. So ist der Bundesfinanzhof seinem Klassenauftrag gefolgt: Bei sich verschärfenden Klassengegensätzen kommt eben die bürgerliche Demokratie unter die Räder (Verschärfung der Polizeigesetze!). Das macht deutlich, dass für uns nicht der Sozialismus auf der Tagesordnung steht, sondern die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie.

Fast hätten wir's vergessen: Es gab einen Landesparteitag, der einen neuen Landesvorstand gewählt hat. Allen Gewählten gilt unser herzlicher und solidarischer Glückwunsch. Den verbinden wir mit der Hoffnung auf einen Motivationsschub für die Kreisverbände, damit im nächsten Landtag wieder eine starke Fraktion unserer Partei vertreten sein wird.

Nicht ohne Sorge, aber mit ungebrochenem Mut  
grüßen wir euch herzlich und solidarisch

Kommunistische Plattform Niedersachsen  
der Partei DIE LINKE

Christine Melcher  
(Landessprecherin)

Ulrich Vanek  
(Landessprecher)